



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 19./20./27. März 2019

Am ersten Tag wurde über den neuen [Finanzausgleich für die Kirchen](#) debattiert. Zurzeit erhalten die Kirchen aus der Finanzausgleichssteuer jährlich ca. 12 bis 13 Mio. Franken als Unterstützung für ihre gesellschaftlichen Leistungen, welche sie erbringen. Neu soll dieser Betrag gegen oben, wie auch – vorderhand – gleichzeitig gegen unten, gedeckelt und bei 10 Mio. Franken festgelegt werden. Somit müssen die Kirchgemeinden ab 2020 mit rund 20% weniger Einnahmen auskommen. Unbestritten im Rat war, dass die Kirchen sehr wertvolle Leistungen für die Allgemeinheit erbringen und somit eine Unterstützung korrekt ist.

Das Gesetz sieht vor, dass in sechs Jahren die Fixierung gegen unten neu geprüft und gegebenenfalls angepasst werden kann. Dies bedeutet für die Kirchen zum einen eine gewisse mittelfristige Planbarkeit, gleichzeitig aber auch eine Unsicherheit, wie hoch die finanziellen Mittel nach diesen sechs Jahren noch sein werden. Im Zuge der Steuervorlage, wie sie vor wenigen Wochen im Kantonsrat verabschiedet wurde, würden zukünftig nur noch rund 6.5 Mio. Franken aus der Finanzausgleichssteuer fliessen. Das heisst: Entweder müssen die Kirchen dann mit nur noch 6.5 Mio. Franken, und somit mit noch knapp der Hälfte vom heutigen Betrag, auskommen. Oder aber der Kanton schießt 3.5 Mio. Franken (oder einen Teil davon) in den Topf ein, um wieder auf die 10 Mio. Franken (bzw. zumindest auf einen höheren Beitrag) zu kommen.

Mit 90 zu 1, bei 6 Enthaltungen wurde das Gesetz schlussendlich relativ deutlich angenommen. Somit war auch die 2/3-Hürde übersprungen, welche erreicht werden musste, damit es nicht automatisch zu einer Volksabstimmung kommt.

Ein Auftrag verlangte, dass die Regierung eine [Charta im Bereich der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor](#) unterschreiben soll. Der Regierungsrat und auch die Mehrheit der FIKO lehnte dies aufgrund des daraus massiv höheren administrativen Mehraufwandes ab. Der Regierungsrat schlug aber einen Prüfauftrag vor, welcher dann schlussendlich mit 52 zu 40 angenommen wurde.

Persönlich

Nach der intensiven Sondersession zur Steuervorlage war es dieses Mal etwas ruhiger für mich.

Einzig am dritten Sessionstag war ich als Sprecher aktiv. Meine Interpellation zum Thema **«Schulstress und mögliche Alternativen»** wurde thematisiert. Rund 20 bis 30% der schulpflichtigen Kinder weisen gemäss WHO-Studie Stresssymptome auf. Ich warf daher die Frage auf, ob bzw. wie sehr dies mit der Schule zu tun hat und wie dem entgegengewirkt werden kann.

Die Voten waren breit gestreut von Ablehnung (im Sinne von «alles kein Problem») bis Zustimmung. Ein Konsens für mögliche Lösungsansätze war aber nicht auszumachen. Das Problem der gestressten Kinder bleibt somit vorderhand wie es ist.

Begabte Kinder sollten zusätzlich gefördert werden, so wollte es ein Auftrag. Nach heutigem System besteht die Gefahr, dass die Förderlektionen vor allem für die eher schwächeren Schüler eingesetzt werden. Der Auftrag war aber zu starr formuliert, weshalb er schlussendlich keine Chance hatte und auch von mir abgelehnt wurde, obwohl ich die Stossrichtung an sich richtig finde. Zugestimmt wurde aber einer abgeschwächten Formulierung von Seiten Regierungsrat, die vorsieht, dass Eltern umfangreicher informiert und Lehrpersonen besser unterstützt werden sollen.

Nach meiner Interpellation **«Schuldenberatung»**, welche Ende letztes Jahr thematisiert wurde, war die Grundlage für einen entsprechenden Auftrag gelegt. Dieser wurde diskussionslos mit 75:15 angenommen. Somit ist der Regierungsrat nun beauftragt, die Basis für ein kantonsweites Angebot an Schuldenberatung zu schaffen.

In Kürze

Zukünftig sollen Kosten, welche aufgrund eines [Polizeieinsatzes](#) bei einer Demonstration wegen Gewaltausschreitungen entstehen, auf den Verursacher übertragen werden können. Diskutiert wurde über die Frage, ob ein **«Sozialtourismus»** aus anderen Kantonen in den Kanton Solothurn besteht, weil sich verschiedene umliegende Kantone eine Verschärfung der SKOS-Richtlinien überlegen. Weiter soll das [Amtsblatt](#) zukünftig (auch) in elektronischer Form erhältlich sein. Nicht speziell gefördert werden soll die [Blockchain-Technologie](#).

Die nächste Session findet am 7./8./15. Mai 2019 statt.

André Wyss